



An die
Vorsitzende
des Wirtschaftsausschusses
Frau Susana dos Santos Herrmann

An den
Vorsitzenden
des Ausschusses für Umwelt und Grün
Herrn Rafael Struwe

Frau
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50
fax 0221. 221 246 57
mail fraktion@koelnspd.de
web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 09.03.2017

AN/0403/2017

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Wirtschaftsausschuss	09.03.2017
Ausschuss für Umwelt und Grün	16.03.2017
Verkehrsausschuss	21.03.2017
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	27.03.2017
Stadtentwicklungsausschuss	30.03.2017
Finanzausschuss	03.04.2017
Rat	04.04.2017

Luftreinhalteplanung Stadt Köln

Sehr geehrte Frau Vorsitzende dos Santos Herrmann,
sehr geehrter Herr Vorsitzender Struwe,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,

wir bitten Sie, folgenden Ergänzungsantrag zu Top 6.1 in die Tagesordnung der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 09.03.2017 und zu Top 4.2 in die Tagesordnung des Ausschusses für Umwelt und Grün am 16.03.2017 aufzunehmen:

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss bzw. der Ausschuss für Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat den Beschlussvorschlag der Verwaltung unter Ziffer 1 wie folgt zu ergänzen:

Der Rat der Stadt Köln erkennt die dringende Notwendigkeit, die Schadstoffbelastung durch Stickstoffdioxid im Stadtgebiet unverzüglich zu senken, um die Kölner Bevölkerung effektiv vor Gesundheitsbeeinträchtigungen zu schützen.

Dazu beauftragt er die Verwaltung mit der Erarbeitung und Vorlage eines umfassenden und abgestimmten Handlungskatalogs in Zusammenarbeit mit dem "Runden Tisch Luftreinhaltung" bis nach der Sommerpause. Kurzfristig realisierbare Maßnahmen sind im Vorgriff auf das Gesamtkonzept schnellstmöglich umzusetzen.

In diesem Rahmen fordert der Rat die beteiligten Akteure auf, alle denkbaren Handlungsansätze und -alternativen zu nutzen, um großräumige (Diesel-)Fahrverbote und insbesondere eine City-Maut auf Kölner Stadtgebiet zu vermeiden.

Begründung:

In Köln wird an verschiedenen Hot-Spots im gesamten Stadtgebiet, wie z.B. am Clevischen Ring, am Neumarkt, an der Justinianstraße oder auch in Weiden regelmäßig der geltende Jahresmittelgrenzwert für Stickstoffdioxid überschritten. NRW-weit ist der Clevische Ring in Mülheim sogar trauriger Spitzenreiter. Dabei führen erhöhte Stickstoffdioxidbelastungen zu einer Vielzahl von Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen, vor denen wir die Kölnerinnen und Kölner nun endlich effektiv schützen müssen.

Vor diesem Hintergrund liegen dem Rat und seinen Fachausschüssen bereits seit September 2016 Dringlichkeitsanträge der SPD-Fraktion zur Erarbeitung eines umfassenden Handlungskatalogs mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen wie dem Ausbau des Umweltverbundes (also ÖPNV, Fußgänger- und Radverkehr), die bessere Verknüpfung der Verkehrsträger, Temporeduzierungen und umweltsensitive Ampelschaltungen vor. Desweiteren ist eine großräumige Umfahrung des (LKW-)Transitverkehrs sowie der Ausbau und Einsatz umweltfreundlicher Technologien wie der Einsatz von E-Bussen notwendig. Siehe dazu https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=63859&voselect=15178 und https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=63659&voselect=16929.

Über die vorliegenden Ideen wurde bis heute in den Ratsgremien nicht entschieden. Gleichzeitig ist der heutigen Berichterstattung zu entnehmen, dass die Verwaltung bereits die Umsetzung von Fahrverboten und insbesondere die Einführung einer City-Maut in Köln plant. Dies ist vor dem Hintergrund des angelaufenen Abstimmungsprozesses des Runden Tisches Luftreinhaltung nicht hinnehmbar.

Wir fordern die Verwaltung deshalb auf, in Abstimmung mit den beteiligten Akteuren alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um die Einführung einer City-Maut in Köln unbeding zu vermeiden. Eine pauschale Abgabe zur Einfahrt in die Kölner Innenstadt ist in höchstem Maße unsozial, da sie die Kölner Bevölkerung sowie Pendlerinnen und Pendler gleichermaßen pauschal und unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, alternativen Mobilitätsangeboten und außerdem auch nicht verursachergerecht belastet. Gleichzeitig würde die Einführung einer City-Maut einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand und Belastung der Kölner Wirtschaft bedeuten. Zudem ist nicht nachvollziehbar, inwieweit eine City-Maut zu einer Senkung der Schadstoffbelastung an den Hot-Spots außerhalb der Kölner Innenstadt beitragen soll – im Gegenteil sind weitere Belastungen durch Verkehrsverlagerungen und entsprechende Verdrängungseffekte zu erwarten. Dies gilt es mit allen Mitteln zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

